

Gemeindehaushalt Murg 2023 – Stellungnahme der SPD-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich bei der Gemeindeverwaltung, insbesondere Rechnungsamtsleiterin Nicole Kammerer für die gute Vorbereitung der Diskussionen und Zusammenstellung der Daten bedanken.

Bedingt durch ein Ungleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben führte die erste Ergebnisschätzung für den Haushalt 2022 zu einem negativen Ergebnis von fast einer halben Million €. Im Vergleich zum Vorjahr sehen wir eine Verbesserung der Situation, aber noch keinen Grund zur Entspannung.

Das Gesetz sieht in diesem Fall folgende Massnahmen vor:

1. Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten, 2. Ausschöpfung der Einnahmeoptionen und 3. Deckung des Defizits aus der Rücklage.

Zu 1.: Sparmöglichkeiten

Während in den Vorjahren der erste Haushaltsentwurf der Gemeindeverwaltung noch sämtliche wünschenswerten und möglichen Projekte enthielt, wurde in der ersten diesjährigen Haushaltsberatung bereits eine massive Streichliste der Verwaltung in Höhe von 1,54 Mio € vorgelegt. So erklärt sich auch das vermeintlich niedrige Defizit von ca. -500.000 € im Ergebnishaushalt. Dadurch war natürlich der Spielraum für weitere Einsparungen in den folgenden Beratungen erheblich geringer. Die vom Ratskollegen Roland Baumgartner bedauerte niedrige Einsparungsrate ist also nicht unerwartet sondern vollkommen verständlich, weil alles was man noch schieben konnte, bereits herausgestrichen war.

Dennoch konnten in den Diskussionen noch weitere Ausgabengestrichen werden, so dass schliesslich eine Viertelmillion € als Defizit erreichbar schien. Die Belastung des Kernhaushalts durch deutliche Defizite in den Eigenbetrieben lässt das negative Ergebnis des Kernhaushalts jedoch wieder auf fast 0,5 Mio. € hochschnellen. Dieser Effekt wird hier noch näher zu betrachten sein.

Wie bereits vor einem Jahr vermerkt ist es wichtig, dass die strategischen Zukunftsprojekte der Gemeinde wie Glasfaserausbau, Sicherung der Trink- und Abwasserinfrastruktur, Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für den Ausrückebereich Nord mit Dringlichkeit weitergeführt werden.

Erneut wurden etliche Positionen mit untergeordneter Bedeutung gestrichen. Die erneute Streichung des Gewitterwarnsystems für das MuRheNa halten wir allerdings für leichtfertig, weil dadurch evt. Menschen gefährdet werden könnten. Auch einige Streichungen bei Kindergärten Schulen und Feuerwehr sind nicht in unserem Sinne. Es ist enttäuschend, dass das versprochene Sanierungskonzept für die Naturparkschule Niederhof nicht vorgelegt werden konnte.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass etliche „Streichungen“ in Wahrheit nur Verschiebungen sind, und uns in den nächsten Jahren wieder bei Haushaltsberatungen begegnen werden.

Zu 2.: Ausschöpfung der Einnahmeoptionen

Neben Ausgabenreduzierung ist die adäquate Anpassung der Einnahmen ein vom Gesetzgeber gefordertes Instrument zum Haushaltsausgleich. Ein Großteil der kommunalen Einnahmen kann durch uns nicht beeinflusst werden. Deshalb ist es als Gemeinderäte unsere klare Pflicht zum Wohl der Gemeinde und aller Bürger auch die Anpassung der kommunalen Steuern und Gebühren zur Deckung der Finanzlücke aktiv zu nutzen.

Die größten kommunalen Steuereinnahmen sind die Gewerbesteuer und die Grundsteuern. Angesichts der geschilderten defizitären Haushaltssituation schlägt die SPD-Fraktion eine moderate Erhöhung dieser Steuern um 10 Punkte (das entspricht knapp 3%) vor. Die anderen Fraktionen lehnten diese notwendige Einnahmenverbesserung ab. Gewerbesteuer z.B. wird nur aus dem Gewinn von Gewerbe und Unternehmen berechnet, kleine Gewinne unter der Bemessungsgrenze bleiben ohnehin steuerfrei, nur die Hälfte der Murger Gewerbetreibenden zahlt überhaupt Gewerbesteuer. Ausserdem wird gezahlte Gewerbesteuer mit fälliger Einkommenssteuer verrechnet.

Gemeindehaushalt Murg 2023 – Stellungnahme der SPD-Fraktion

Anscheinend fehlte aber den KollegInnen der Mut, diesen in der Öffentlichkeit vielleicht nicht attraktiven, aber notwendigen Schritt zu tun. Wir sind der Meinung, dass wir durch diese Ablehnung unserer Pflicht als Gemeinderäte nicht genügend nachkommen.

Quasi als Ausgleich für diese Haltung wurde vom Fraktionssprecher der Freien Wähler kleinere Teilstreichungen z.B. bei der Planung des neuen Feuerwehrgerätehauses oder der Sanierung des Bauhofs vorgeschlagen. Da diese Projekte ohnehin im Rahmen einer vorsichtigen Wirtschaftsführung seitens der Verwaltung durchgeführt werden, wies der Bürgermeister diese Vorschläge zu Recht als „Augenwischerei“ zurück.

Weitere Einnahmen liessen sich generieren, wenn die niedrige Deckung der Kindergartenkosten durch eine sozial gestaffelte Bemessung der Elternbeiträge verbessert würden, aber auch das verhindert die Ratsmehrheit und hält am unsozialen Mehrkinderprinzip fest. Auch andere kommunale Gebühren gehören bzgl. Kostendeckung regelmässig auf den Prüfstand. Hierbei muss nicht immer eine 100%ige Kostendeckung erzielbar sein (Beispiel MuRheNa), aber zumutbare Anpassungen dürfen kein Tabu sein.

Die bereits anfangs erwähnten Defizite der Eigenbetriebe belasten mittlerweile den Kernhaushalt in erheblichem Masse. Wir haben in der Vergangenheit bereits immer wieder darauf hingewiesen, dass die Einnahmen in den Eigenbetrieben unbedingt kostendeckend sein müssen.

Nach sechs Jahren mit z.T. erheblichen Defiziten ist es jetzt zum ersten Mal gelungen, den Bereich Fernwärme mit einer schwarzen Null darzustellen. Dadurch konnte allerdings der in den letzten Jahren angestaute Verlustvortrag bei weitem nicht ausgeglichen werden. Über lange Zeit zahlten also alle Bürger den ungerechtfertigten Vorteil der Fernwärmennutzer mit.

Der Breitbandausbau in den oberen Ortsteilen ist gewollt, und in der Bau- und Anfangsphase ist hier ein Defizit einkalkuliert und anscheinend unvermeidlich.

Dass im Bereich Wohnungsbau die Unterbringung der Flüchtlinge wegen der notwendigen zusätzlichen Nutzung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten ein negatives Ergebnis zeigt, ist schon grenzwertig, aber der Verlust bei Vermietung kommunaler Gebäude ist zukünftig nicht mehr hinnehmbar und bedarf unbedingt der Optimierung.

Strategisches Ziel muss es bleiben, die Einnahmen der Eigenbetriebe insgesamt mittel- und langfristig kostendeckend zu gestalten, damit dem Kernhaushalt weitere, vielleicht vermeidbare Belastungen erspart bleiben.

Zu 3.: Das Defizit im Ergebnishaushalt kann durch Rücklagen gedeckt werden, weitere Kredite sind insgesamt notwendig. Die realen und vorhergesagten Defizite der Kernhaushalte 2021 bis 2024 summieren sich auf fast 1,8 Mio €, Die Rücklage geht 2023 um eine Viertelmillion zurück, und der Gesamtschuldenstand der Gemeinde klettert um mehr als 3,5 Mio € auf insgesamt 18,6 Mio €. Diese Entwicklung bedarf einer effektiven Steuerung und Kontrolle.

Fazit:

Die skizzierte Haushaltslage mag besser sein, als man das als Gemeinderat vielleicht befürchtet hatte. Dennoch gehen wir mit einem erheblichen Defizit des Kernhaushalts und einer erheblichen Kreditaufnahme für die notwendigen Investitionen im Finanzhaushalt im nächsten Jahr ins Rennen.

Vor diesem Hintergrund sind Einsparungen und Ausschöpfung der Einnahmen unbedingte Kriterien für die Handlung des Gemeinderats. Wir haben dargelegt, in welchen Punkten die Mehrheit des Gemeinderats diese Prinzipien nicht beherzigt hat. Unserer Meinung nach ist es versäumt worden die Möglichkeiten einer zumutbaren Einnahmeverbesserung auszuschöpfen. Auch die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe lassen zu wünschen übrig und belasten den Haushalt.

Deshalb ist unsere Fraktion mit dem Ergebnis der Haushaltsberatungen nicht zufrieden. Während diese Einschätzung von allen Fraktionsmitgliedern einheitlich so gesehen wird, wird das Abstimmungsverhalten individuell sein. Ich halte die Versäumnisse und Fehler der Haushaltsgestaltung für so wesentlich, dass ich den Haushaltsentwurf ablehnen werde. Meine Fraktionskollegen werden das individuell für sich bewerten.

Georg Kirschbaum/12.12.2022